

KPE-1-069 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Tabea Rößner (KV Mainz)

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 68 bis 70 einfügen:

Niedrigstenergie- oder Nullenergiebauweise nach EU-Recht verpflichtend – mit Plus-Energie-Gebäuden können Kommunen sogar zusätzliche Einnahmen erzielen. Die Digitalisierung bietet viele Möglichkeiten zur Steuerung eines optimierten Energiemanagements. Mit Förderungen des Landes können alte Straßenleuchten gegen stromsparende LED-

KPE-1-079 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Julia Jawhari (KV Speyer)

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 78 bis 79 einfügen:

„Solaroffensive“ abrufen, um kommunale Gebäude mit Photovoltaikanlagen und Speichern auszurüsten.

Zum Klimaschutz gehört für uns GRÜNE eine längst fällige Ernährungswende. Massentierhaltung fördert das Artensterben und den Klimawandel. Der exzessive Anbau von Soja und Mais, als Futter für sogenannte Nutztiere, hat verheerende Folgen für die biologische Vielfalt und das Klima. Die Kommunen müssen Konsumenten aufklären und Umdenken anstoßen, Bildung zu klimaschonender, gesunder Ernährung fördern sowie Gastronomen und Kantinen für nachhaltige Ernährungsangebote gewinnen.

KPE-1-115 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 17.03.2019

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 114 bis 116 einfügen:

Wir wollen gute Perspektiven für die bäuerliche Landwirtschaft und den Weinbau und die Steigerung ökologischer Erzeugung. Wir setzen uns für gutes Essen, welches Bio und regional ist, besonders in den kommunalen Gemeinschaftseinrichtungen, und gegen die

KPE-1-117 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 17.03.2019

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 116 bis 117 einfügen:

besonders in den kommunalen Gemeinseinrichtungen, und gegen die Verschwendung von Lebensmitteln ein. Dabei unterstützen wir Foodsharing-Initiativen vor Ort und schätzen deren Arbeit.

KPE-1-153 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Peter Hoffmann (KV Trier-Stadt), Corinna Rüffer (KV Trier-Stadt), Wolf Buchmann (KV Trier-Stadt), Petra Kewes (KV Trier-Stadt)

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 152 bis 156:

die Ganztagsangebote der Kitas bedarfsgerecht ausbauen und qualitativ weiterentwickeln – beispielsweise mit dem von uns ~~GRÜNEN~~Grünen initiierten Landesprogramm Kita!plus. Dazu gehören ~~ein Rechtsanspruch~~die Einlösung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz, die Stärkung der Elternarbeit und -mitbestimmung, die Verbesserung der Übergänge von der Kita zur Grundschule und vernetzte Angebote zur Förderung von Familien im Sozialraum.

Mit dem neuen Kita-Gesetz wird die Beitragsfreiheit auf alle Zweijährigen ausgeweitet. Der pflegerische und pädagogische Mehraufwand für die Kleinsten und bei der Inklusion müssen stärker bei der Personalbemessung berücksichtigt werden. Die Finanzierung der Qualität in den Kitas muss verbessert, langfristig gesichert und dynamisiert werden. Die zusätzlich vorgesehenen 62 Mio. Euro sind ein guter Beitrag zur Verbesserung der Finanzierung und sollen in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöht werden um einen flächendeckend guten Betreuungsschlüssel zu garantieren. Dabei muss gesichert sein, dass bereits gut aufgestellte Kommunen ihren guten Betreuungsschlüssel ohne Mehrbelastung halten können und auch Leitungsanteile entsprechend des tatsächlichen Aufwandes berücksichtigt werden.

Kommunen und Träger brauchen Planungssicherheit zur Erfüllung des Rechtsanspruchs. Wir wollen mit dem neuen Kita-Gesetz die kommunale Jugendhilfeplanung und die Trägervielfalt stärken. Kleine Träger werden besonders unterstützt. Diskriminierungsfreie Einstellungsverfahren bei den Trägern sind für uns selbstverständlich. Um möglichst vielen Kindern einen Betreuungsplatz bieten zu können, werden den Kommunen Auslastungsquoten empfohlen und mit den Kommunen Strategien entwickelt, die zu einer möglichst hohen Auslastung führen. Kommunen, die dies aus den verschiedensten Gründen nicht schaffen können werden nicht dafür bestraft.

Die Kinder- und Elternbeteiligung stellen einen wichtigen Aspekt der pädagogischen Arbeit dar. Die Arbeit in den Kitas muss den Eltern transparent gemacht werden und es müssen ihnen Teilhabe- und Einflussmöglichkeiten auf allen Ebenen geboten werden. Die erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten im Kita-Gesetz sind daher zu begrüßen. Dort, wo bereits Eltern- und Kinderbeteiligung erfolgreich gelebt wird, sollen allerdings keine Doppelstrukturen geschaffen werden.

Zu einer guten Ganztagsbetreuung gehört auch ein gutes Mittagessen für alle Kinder. Mit dem Rechtsanspruch auf mindestens sieben Stunden Betreuung mit Mittagessen wird eine langjährige GRÜNE Forderung erfüllt. Dadurch wird die Mittagsverpflegung eine steigende Bedeutung erlangen. Hier muss sichergestellt werden, dass die Mittagsverpflegung eine sehr gute Qualität hat und eine gesunde, ausgewogene Ernährung ermöglicht. Wir wollen erreichen, dass Kitas und Schulen zunehmend nachhaltig und regional produzierte, gesunde und leckere Mahlzeiten anbieten können. Wo immer das möglich ist, sollte in den Kitas frisch gekocht werden. Kommunen müssen bei notwendigen Investitionen unterstützt werden.

Begründung

Frühkindliche Bildung und Erziehung haben zurecht einen hohen und steigenden Stellenwert in unserer Gesellschaft. Ein steigendes Bewusstsein für Qualität und ein gesteigerter Betreuungsbedarf führen zu höheren Anforderungen an Kitas, Träger und Kommunen. Die gute Qualität der Kitas in RLP,

die zunehmende Beitragsfreiheit und insbesondere die hohe Qualität der von den Erzieher*innen geleisteten Arbeit führt zu einer hohen Nachfrage. Kommunen und Träger müssen immer größere Anstrengungen leisten um dies, trotz vielerorts klammer Kassen zu realisieren. In der Realität finden sich jedoch zwischen den Kommunen große Unterschiede.

Das aktuelle Kitagesetz stammt aus dem Jahr 1991. Die Novellierung ist daher notwendig und wird von allen begrüßt. Nach über 30 Jahren haben sich die Voraussetzungen und die Ansprüche an frühkindliche Erziehung erheblich geändert. Dies muss sich in einem neuen Gesetz widerspiegeln. Die Erhöhung der Ausgaben, der Abbau von regionalen Disparitäten, die Stärkung der Elternbeteiligung und andere Verbesserungen sind gute Voraussetzungen, um die Erziehung auf den richtigen Weg zu bringen.

Grüne Bildungspolitik orientiert sich an den Bedürfnissen der Kinder und sorgt dafür, dass die räumlichen und personellen Voraussetzungen erfüllt sind. Gebäude in gutem Zustand, gut ausgebildete und fair bezahlte Erzieher*innen und Eltern, die einbezogen werden und sich beteiligen können sind für uns die Grundlage einer modernen und erfolgreichen Bildungspolitik.

Die Grüne Handschrift im Gesetz ist dementsprechend sichtbar. Die Kritik vieler Verbände und Träger und Zigtausend Unterschriften von Kitapersonal und Eltern zeigen jedoch, dass sie sich noch mehr Grün im Gesetzentwurf wünschen. Betreuungsschlüssel, Finanzierung, Trägervielfalt und Elternbeteiligung sind die zentralen Punkte, an denen im Gesetzentwurf nachgebessert werden muss.

Die Landesregierung möchte 62 Mio. Euro zusätzlich in die Kitaerziehung investieren. Allein zur Umsetzung des angemessenen Vorschlages der Bertelsmann-Stiftung bzgl. des Betreuungsschlüssels bräuchte es laut der Stiftung 208 Mio. Euro. Dies zeigt, dass die geplante Finanzierung nicht ausreichend ist.

Das Sozialraum- und das Entwicklungsbudget müssen an die allgemeine Preissteigerung und Kostenentwicklung gekoppelt werden. Die Inklusion von Kindern mit Behinderung ist eindeutig zu begrüßen. Das Gesetz muss hierfür Möglichkeiten für ggf. benötigtes Personal vorsehen.

Zudem ist der gute Ansatz, Leitungsanteile mit einem Personalschlüssel zu berücksichtigen, zu gering bemessen. Der tatsächliche Aufwand muss berücksichtigt werden, das Leitungsdeputat höher sein.

Der Gesetzentwurf beinhaltet richtigerweise einen Anspruch auf 7 Stunden Betreuung. Dadurch wird die Mittagsverpflegung eine steigende Bedeutung erlangen. Hier muss sichergestellt werden, dass die Mittagsverpflegung eine sehr gute Qualität hat und eine gesunde, ausgewogene Ernährung ermöglicht. Als Vorbild kann hier bspw. das Modell der Gesundkita betrachtet werden. Kommunen müssen bei durch das Gesetz notwendigen Investitionen, z.B. in Frischküchen, unterstützt werden.

Ein weiteres Problem ist die Vorgabe zur Erfüllung einer 92%-Belegung mit Erstattungsverpflichtungen bei Auslastungsunterschreitungen. Viele Einrichtungen können diese nicht erreichen, aber nicht aus Unwillen sondern wegen zahlreicher anderer Gründe. Im Falle einer ungewollten Unterschreitung werden Träger und Kommunen mit der damit verbundenen finanziellen Belastung allein gelassen. Dieser Schlüssel muss geringer sein und sich, wie die Bemessung der Leitungsdeputate, an den bestehenden Verhältnissen vor Ort orientieren.

KPE-1-157 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Peter Hoffmann (KV Trier-Stadt)

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 157 bis 159 löschen:

~~Zu einer guten Ganztagsbetreuung gehört auch ein gutes Mittagessen für alle Kinder. Wir wollen erreichen, dass Kitas und Schulen zunehmend ökologisch und regional produzierte, gesunde und leckere Mahlzeiten anbieten können.~~

Begründung

Vollständige Streichung, da überflüssig bei Annahme unserer Änderungsantrags KPE-1-153.

KPE-1-159 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Daniel Köbler (Mainz KV)

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 159 bis 163:

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hört mit der Schulpflicht nicht auf.

Wir setzen uns daher für einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für alle Kinder im Grundschulalter ein.

~~Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hört mit der Schulpflicht nicht auf. Wir halten an dem Ziel fest, dass alle Eltern für ihre Kinder ein schulisches Ganztagsangebot wählen können.~~ Gerade für Grundschulen ist es wichtig, dass solche Angebote flächendeckend und wohnortnah bereitgestellt werden. Bislang

Begründung

Wir sollten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht hinter die bestehende Beschlusslage zurückfallen. Ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für Kinder im Grundschulalter soll im SGB VIII verankert werden.

KPE-1-191 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 17.03.2019

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 190 bis 192 einfügen:

Anliegen junger Menschen mehr Raum zu geben. Jugendparlamente benötigen ein eigenes Budget und verbindliche Mitwirkungsrechte. Uns ist bewusst, dass Jugendparlamente nur bestimmte Milieus repräsentieren, daher wollen wir auch andere Formen der Jugendbeteiligung fördern. Zum Beispiel Projekte wie den 8er-Rat mit Vertreter*innen aus allen Klassen aller Schulformen und weitere projektbezogene Mitwirkungsmöglichkeiten. Jugendbeteiligung muss auf die Jugendlichen zugehen mit modernen Kommunikationsformen und Methoden.

KPE-1-193 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 17.03.2019

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 192 bis 194 einfügen:

Mitgestaltungsmöglichkeiten und die Selbstvertretungen der Kinder und Schüler*innen in Kitas und Schulen wollen wir stärken. Zu diesem Zweck wirken wir auch auf eine Schulgesetzänderung hin, um kommunalen Schüler*innenvertretungen Stimmrecht im Schulträgerausschuss zu ermöglichen.

Jugendliche brauchen Treffpunkte, öffentliche Plätze und Räume. Jugendzentren, Jugendräume und mobile

KPE-1-195 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 17.03.2019

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 194 bis 195 einfügen:

Treffpunkte, öffentliche Plätze und Räume. Jugendzentren, Jugendräume und mobile Angebote im ländlichen Raum wollen wir ausbauen. Jugendbeteiligung muss kommunale Pflichtaufgabe werden.

KPE-1-197 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 09.03.2019

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 197 bis 203:

~~Wir wollen, dass in den Kreisen und kreisfreien Städten regelmäßig Armuts- und Reichtumsberichte erstellt werden, mit dem Ziel, lokale Aktionsprogramme gegen Armut zu entwickeln. Neben der materiellen Unterstützung erfordert Armutsbekämpfung den optimalen Einsatz von Sozialarbeit, Beratung, Förderprogrammen und diskriminierungsfreien Vergünstigungen durch kommunale Sozialpässe. Kommunen können einen wichtigen Beitrag leisten, um Armut zu bekämpfen und ihre Folgen abzumildern. Armuts- und Reichtumsberichte für den Kreis oder die kreisfreie Stadt können dabei Impulse geben. Wir fordern konkrete lokale Aktionsprogramme, in denen Chancen, Unterstützung und Teilhabe für die unterschiedlichen Gruppen finanziell schwacher Menschen geschaffen wird. Hierzu gehören beispielsweise das kostenfreie Mittagessen in Kitas und Schulen, die Unterstützung bei Stellen von Bildung- und Teilhabe-Anträgen durch Einrichtungen, die Bezuschussung von Vereinsbeiträgen finanzschwacher Menschen, eine lokale Sozialrechtsberatung pro Kreis und Unterkünfte für Obdachlose und das Sozialticket für den ÖPNV. Wir wollen, dass es in jedem Kreis und jeder Stadt mit einem kommunalen Sozialpass eine Nachweismöglichkeit für ein Einkommen unter der Existenzminimumgrenze gibt, das von Institutionen und Verwaltungen ohne weitere bürokratische Prüfung anerkannt wird.~~ Mit der Landesstrategie gegen Armut können Kommunen dabei unterstützt werden aktive Armutsbekämpfung zu betreiben und Teilhabe im

Begründung

Konkretisierung aktiven Handelns.

KPE-1-211 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: LAG Soziales & Gesundheit

Beschlussdatum: 09.03.2019

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 210 bis 212 einfügen:

Wohnraumversorgung stärken und die Möglichkeit nutzen, in Bebauungsplänen verbindliche Quoten für sozialen Wohnungsbau festzulegen. Dazu gehört die Schaffung und Anpassung barrierefreier Wohnungen und inklusiver Wohnangebote. Wir wollen, dass Wohnraum zum Wohnen genutzt wird. Mit Zweckentfremdungsverboten kann der

Begründung

Einbeziehung der Perspektive von Menschen mit Behinderung.

KPE-1-213 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 17.03.2019

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 212 bis 213 einfügen:

Wohnraum zum Wohnen genutzt wird. Mit Zweckentfremdungsverboten kann der gewerblichen oder spekulativen Nutzung von Wohnungen begegnet werden. Wir wollen in unseren Studierendenstädten mehr Studentenwohnheime in zentraler Lage errichten.

KPE-1-244 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 17.03.2019

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 243 bis 245 einfügen:

Frauennotrufen und Beratungsangebote haben wir in den letzten Jahren finanziell gestärkt und die Errichtung eines zusätzlichen Frauenhauses ermöglicht. Diese wollen wir auch weiterhin stärker finanziell unterstützen und das Angebot ausweiten. Sexismus und sexueller Belästigung treten wir entgegen. Sexistische Werbung auf kommunalen

KPE-1-260 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Tabea Rößner (KV Mainz)

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 259 bis 261 einfügen:

machen und setzen uns dort wo die Nachfrage besteht für Car- und Bikesharing Angebote ein. Digitale Angebote machen eine bessere Vernetzung, individuelle Planungen und Echtzeitinformation möglich und müssen ausgebaut werden. Emissionsfreie Mobilität wollen wir durch die Förderung der Elektromobilität in den Kommunen voranbringen und dabei die Ladeinfrastruktur

KPE-1-265 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 17.03.2019

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 265 bis 266 einfügen:

Wir GRÜNE wollen einen attraktiven und günstigen ÖPNV realisieren. Daher wollen wir günstige flächendeckende Tickets und setzen uns für das landesweite 365€-Ticket für Schüler*innen und Azubis ein. Durch gebündelte Konzepte in einzelnen Landesteilen, wie das ÖPNV Konzept Nord, konnte

KPE-1-269 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 17.03.2019

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 268 bis 270 einfügen:

den Kommunen weiter fortsetzen und setzen uns für mehr und pünktlichere Busse und Bahnen in der Stadt und auf dem Land ein. Dies soll alles in einer Mobilitätsgarantie münden, welche eine stündliche Anbindung aller Orte an Bus, Bahn und Anrufsammeltaxis sichert. In unseren Kommunen wollen wir dabei schrittweise emissionsarme Busse anschaffen.

KPE-1-270 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 17.03.2019

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 269 bis 270:

und Bahnen in der Stadt und auf dem Land ein. In unseren Kommunen wollen wir dabei schrittweise ~~emissionsarme~~emissionfreie Busse anschaffen.

KPE-1-306 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Tabea Rößner (KV Mainz)

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 305 bis 306 einfügen:

auch, dass wir Daten und Informationen transparent machen, die Grundlage für Beschlüsse in den Räten sind. Wir wollen die kommunale Verwaltung bürgerfreundlicher gestalten und mit dem Einsatz digitaler Formulare oder online-Anmelde- und Registrierungsprozesse zeitaufwändige und weite Wege unnötig machen.

KPE-1-312 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: LAG Soziales & Gesundheit

Beschlussdatum: 09.03.2019

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 311 bis 312 einfügen:

dieses Engagement stärken. Denn nur so können wir starke und lebendige Kommunen erhalten.

Wir wollen inklusive und barrierefreie Kommunen aktiv gestalten. Deshalb setzen wir uns für konkrete Verbesserungen vor Ort ein, die gemeinsam mit den Menschen mit Behinderungen in kommunalen Aktionsplänen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet werden. Wir setzen uns für mehr Behindertenbeauftragte und Behindertenbeiräte vor Ort ein, um die Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen zu stärken. Unser Einsatz für umfassende Barrierefreiheit gilt für Zugänglichkeit von Gebäuden, genauso wie für barrierefreie Webseiten und auf bedarfsgerechte Informationen der Verwaltung in Leichter Sprache und in Gebärdensprache

Begründung

Stärkere Einbeziehung unserer inklusionpolitischen Programmatik.

KPE-1-324 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Daniel Köbler (Mainz KV)

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 323 bis 325 einfügen:

Gerade in Anbetracht des demographischen Wandels und aufgrund der Möglichkeiten der Digitalisierung ist eine Reform wichtig. Dies gilt auch für die Mittelbehörden des Landes. Mit neuen technischen und digitalen Möglichkeiten, besseren Verfahrensabläufen und Verwaltungsprozessen können wir

Begründung

Eine wirkungsvolle Verwaltungsreform muss alle Ebenen im Blick haben. Um eine wirkungsvolle Kommunalreform zu realisieren, sollte das Land beispielgebend vorgehen und die Zahl seiner bisher drei Mittelbehörden reduzieren.

KPE-1-363 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: LAG Soziales & Gesundheit

Beschlussdatum: 09.03.2019

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 362 bis 363 einfügen:

bedarfsgerechte Krankenhausversorgung in der Fläche und eine bessere Vernetzung von ambulanter und stationärer Versorgung.

Erfreulicherweise werden wir immer älter, diese demographische Entwicklung bringt jedoch auch viele Aufgaben für die Gemeinden mit sich. Die meisten Menschen wollen in ihrem gewohnten Umfeld alt werden, möglichst zu Hause oder zumindest in ihrem Ort oder Stadtteil. Dafür bedarf es einer Vielzahl verschiedener und auch neuer Wohn- und Versorgungsformen. Dazu gehören Haus- und Wohngemeinschaften, betreutes Wohnen und betreute Wohngruppen, Wohnen in Mehrgenerationenhäusern, genossenschaftliche Wohnformen und das Wohnen mit Versorgungssicherheit in der eignen Wohnung. Sie ermöglichen es den Menschen, ihren persönlichen Bedürfnissen entsprechend zu leben und die Unterstützung zu erhalten, die sie benötigen. In Wohn-Pflege-Gemeinschaften beispielsweise haben pflegebedürftige Menschen ein eigenes Zimmer und treffen sich in Gemeinschaftsräumen; Fachkräfte, bürgerschaftlich Engagierte und Angehörige können sich die Unterstützung teilen. Wir GRÜNE werden in unseren Gemeinden solche quartiersnahe, qualitativ hochwertige Wohn- und Pflegeformen auch in der Bauleitplanung voranbringen und auch für Demenzzranke mehr Angebote schaffen. Sie stellen Alternativen dar zu den großen Pflegeeinrichtungen, die häufig unter Renditeaspekten wirtschaften.

Für unsere älteren und behinderten Mitbürger setzen wir uns ein für inklusive Angebote in den Gemeinden. Hierzu gehören Senioren- und generationsübergreifende Treffpunkte, Nachbarschaftszentren oder lokale niederschwellige Beratungsangebote auch zur Prävention von Pflegebedürftigkeit. Aber auch wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten, Fahrdienste und Bürgerbusse oder das Entfernen von Sturzfallen im öffentlichen Raum sind hier wichtig. Besondere Angebote sollen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in das soziale Leben unserer Gemeinden einbeziehen. Wir GRÜNE setzen uns ein für Städte und ländliche Räume mit sozialer Durchmischung, für ein Zusammenleben aller Altersgruppen und Menschen jedweder Herkunft

Begründung

Einbeziehung unserer pflegepolitischen Programmatik

KPE-1-363-2 Hier ist Zukunft zu Hause - Am 26. Mai für mehr GRÜN in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Dietmar Johnen (KV Vulkaneifel)

Änderungsantrag zu KPE-1

Von Zeile 362 bis 363 einfügen:

bedarfsgerechte Krankenhausversorgung in der Fläche und eine bessere Vernetzung von ambulanter und stationärer Versorgung.

Im demografischen Wandel müssen auch die Bedürfnisse einer wohnortnahen pädiatrischen Versorgung und einer Versorgung mit den Gesundheitsleistungen Geburtshilfe und Hebammenhilfe gewährleistet sein. Der Zugang zu diesen Leistungen muss für die betroffenen Frauen, Kinder und jungen Familien einfach und wohnortnah zu erreichen sein. Wir unterstützen Lösungskonzepte, die den Erhalt einer guten Infrastruktur mit Geburtshilfe -und Hebammenhilfe zum Ziel haben. Auf Landesebene setzen uns dafür ein, dass die Geburtshilfe in die Grundversorgung mit aufgenommen wird.

Begründung

Eine Ergänzung, weil im KPE nichts zur Geburtshilfe steht und das ist dort ein großes Thema.